

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €

REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ✪ Nummer 11

Stoppt den Naziaufmarsch am
60. Jahrestag der Befreiung!

8. MAI!

NAZIFREI!

www.onesolutionrevolution.de

REVOLUTION

... ist die Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganisation. REVOLUTION ist eine internationale Organisation, die in 8 Ländern auf 3 Kontinenten präsent ist.

Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus.

Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

REVOLUTION berlin

jeden Samstag um 14 Uhr, Kiezladen Dunckerstr. 14, S-Bhf Prenzlauer Allee
 info@onesolutionrevolution.de
 Postfach 146, 13091 Berlin
 ☎ 030 / 62 60 77 41

REVOLUTION bundesweit

bernau@onesolutionrevolution.de
 bremen@onesolutionrevolution.de
 muenster@onesolutionrevolution.de
 osnabrueck@onesolutionrevolution.de
 stuttgart@onesolutionrevolution.de

Dein Geld der REVOLUTION!

Bank: Postbank; **Konto:** 6475 84 100
BLZ: 100 100 10; **Stichwort:** REVO!

V.i.S.d.P. R. Müller, Hamburg

ein paar Worte vom Layoutierer...

Durch die Produktion der letzten Nummer haben wir eine Menge über Drucktechnik gelernt. Hoffentlich wird diese zweite zweifarbige Nummer viel schöner. Und hoffentlich wird sie viele Jugendliche dazu bewegen, zum revolutionären 1. Mai und zu den Aktivitäten gegen die Nazis am 8. Mai zu gehen!

Berlin, den 18. April 2005

8. Mai - NaZIFrei!

Vor sechzig Jahren, am 8. Mai 1945, kapitulierte Nazideutschland. Damit war das grausamste Regime, das die Menschheit je gesehen hat, geschlagen.

Im Laufe von 12 Jahren hatten die Nazis beispiellose Barbarei angerichtet: über sechs Millionen Juden und Jüdinnen, eine Million Sinti und Roma, hunderttausende Homosexuelle, SozialdemokratInnen, KommunistInnen und andere, die nicht ins nationalsozialistische Weltbild passten, wurden systematisch ermordet. Weitere Millionen fielen dem Vernichtungsfeldzug der Wehrmacht durch Osteuropa, die Sowjetunion, Nordafrika und den Nahen Osten zu Opfer.

Am 8. Mai erinnern wir besonders an die Menschen, die aktiv Widerstand geleistet haben – die PartisanInnen in den besetzten Ländern, GewerkschafterInnen in den Fabriken, KommunistInnen in den Konzentrationslagern und viele andere.

60 Jahre danach

Der Tag der Befreiung ist für Menschen auf der ganzen Welt ein Anlass zur Freude über das Ende der Naziherrschaft, sowie zur Trauer um die Millionen Opfer.

Doch die Nachfolge-Nazis der NPD wollen am 8. Mai gegen die „Befreiungslüge“ demonstrieren. Für sie waren die Jahre des Völkermordes eine gute Zeit und Adolf Hitler ein „großer Staatsman“ (Zitat vom NPD-Parteichef Udo Voigt). Dass diesen Verbrechen ein Ende gesetzt wurde, ist Anlass für ihren „Trauermarsch“.

Auch wenn sie nicht am Brandenburger Tor aufmarschieren dürfen, ist und bleibt diese Demo eine fürchterliche Provokation gegen die Opfer der Nazis und alle, die sich nicht mit ihrem Rassenwahn und ihren Raubkriegen identifizieren. Alle antifaschistisch gesinnten Menschen, ob jung oder alt, ob deutsch oder nicht, müssen den NPD-Aufmarsch verhindern!

Falsche Empörung

Schröder, Fischer, Merkel, usw. zeigen sich ebenfalls über den NPD-Aufmarsch empört – und vor allem um das Image Deutschlands in der Welt besorgt. Als Antwort darauf beeilten sie sich, das Versammlungsrecht einzuschränken, um leichter (nicht nur Nazi-)Demonstrationen verbieten zu können.

Doch von einer aktiven Verhinderung des NPD-Aufmarsches war nie die Rede. Warum? Der gleiche Staat, der einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien führte, der Afghanistan besetzt, der durch die Einführung von Hartz IV Millionen Arbeitslosen eine menschenwürdige Existenz unmöglich macht – schwört auf die „verfassungsmässigen Rechte“ der Nazis! Wir können erwarten, dass wie in der Vergangenheit der Naziaufmarsch von Tausenden von Bul-

len geschützt wird.

Es ist die Politik der rot-grünen Regierung und der schwarz-gelben Opposition, die so viele Menschen den Nazis in die Arme treibt. Diese Politik – die Abschiebung von Flüchtlingen, die Heiligsprechung einer deutschen „Leitkultur“, die Entrechtung von allen, die nicht für andere Profite schaffen können oder wollen – alles schafft ein Klima von jedeR-gegen-jedeN, was Rassismus, Sexismus und Nationalismus begünstigt. Daran kann die NPD anknüpfen. Die meisten Forderungen der NPD sind eine „radikalere“ Variante der Politik von SPD/Grüne/CDU/FDP: statt Zwangsarbeit durch Ein-Euro-Jobs, fordert die NPD direkt „Arbeitslager für Sozialschmarozer“; statt eine Quote für ArbeitsmigrantInnen, fordert die NPD „Grenze Dicht für Ausländer“. Die Logik ist aber die selbe: jedes Mittel ist Recht, damit die Wirtschaft funktioniert und die Kapitalisten ihr Kapital vermehren können.

In diesem Sinne ist der Faschismus die extremste Form der tagtäglichen Barbarei des kapitalistischen Systems: Ausbeutung der Massen zum Wohl der „Nation“ oder des „Volkes“ (also der Kapitalisten), Unterdrückung gegen diejenigen, die sich nicht ausbeuten lassen wollen, Konkurrenz bis hin zu Krieg zwischen den einzelnen Staaten. Wer wirklich den Faschismus bekämpfen will, muss auch die gesellschaftlichen Grundlagen, die ihn produzieren, zerschlagen.

Deshalb können wir uns nicht auf den „Antifaschismus“ des deutschen Staates verlassen. Übrigens schiebt dieser der NPD jedes Jahr über eine halbe Million Euro an Wahlkostenerückerstattung zu. Und die NPD konnte im Jahre 2001 nicht verboten werden, weil festgestellt wurde, dass jedes siebte Mitglied in den Führungsgremien der Partei direkt für den deutschen Staat arbeitet.

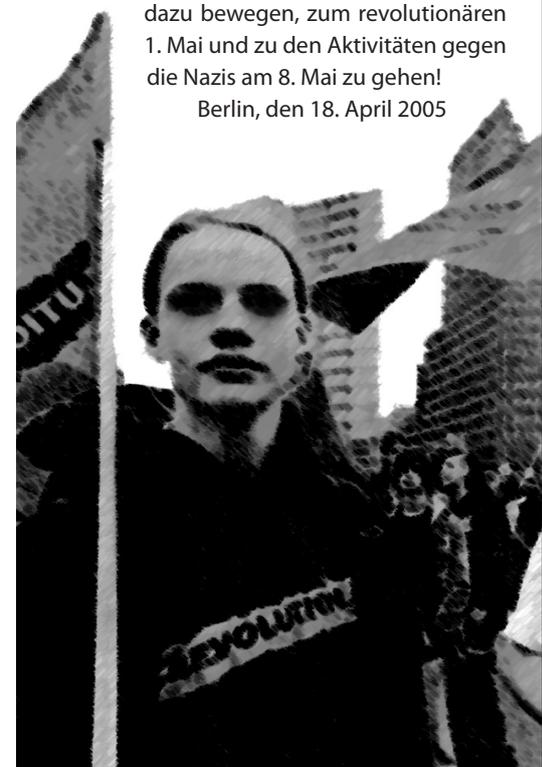
Stoppt die Nazis!

Die wachsende Nazi-Bewegung ist eine Bedrohung für uns alle: MigrantInnen, AntifaschistInnen, ArbeiterInnen, alternative Jugendliche. Deshalb ist es entscheidend, dass wir uns bewegen – und zwar direkt in den Weg der Nazis!

Wir rufen alle AntifaschistInnen, Jugendlichen, GewerkschafterInnen, ImmigrantInnen auf – wenn wir geschlossen handeln, dann haben die Nazis und ihre Schützer in Grün keine Chance!

Unser Ziel muss es sein, die Nazibewegung zu zerschlagen! Deshalb: alle auf die Straße am 8. Mai! Verhindern wir gemeinsam den Nazi-Aufmarsch!

REVO ist Teil des Aktionsbündnis „Spasibo“
 web: 8-mai.antifaschistische-aktion.com



60 Jahre

Befreiung vom Faschismus

Im Mai 1945 wehte die rote Hammer-und-Sichel-Fahne vom Reichstag über Berlin. Im Mai 2005 wehen über Berlin ganz andere Fahnen: auf dem Hamburger Bahnhof, nicht weit vom Reichstag entfernt, wehen gelb-lila Fahnen der „Flick-Collection“. Mehr als die Farbpalette hat sich geändert: Friedrich Christian Flick, dem die ausgestellte Kunstsammlung gehört, ist der Enkel von Friedrich Flick, dem reichsten Mann Nazideutschlands.

Schon in der Weimarer Zeit hatte Flick großzügig an die NSDAP gespendet. Unter dem Faschismus erhielt er zahllose Rüstungsaufträge und baute sich ein größte Industrieimperium auf. Dazu ließ er bis zu 50.000 ZwangsarbeiterInnen für sich schuften.

1947 wurde er wegen Kriegsverbrechen verurteilt – doch nach drei Jahren Haft war er wieder frei. Ein Großteil seines Vermögens hat er wieder bekommen, und stieg erneut ins Rüstungsgeschäft ein. So wurde er wieder zum reichsten Mann Deutschlands – was ihn nicht daran hinderte, jede Entschädigung an die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zu verweigern. Sein Erbe sieht ebenfalls keinen Anlass, ihnen einen Teil des von ihnen erarbeiteten Vermögens zurückzugeben. Stattdessen soll die Ausstellung der Flick-Collection, die mit Geld aus der Nazi-Zeit gekauft wurde, dazu dienen „die Wunden der Nazi-Zeit zu heilen.“

Das Kapital

Flick ist nur ein Beispiel unter vielen dafür, dass die Profiteure des Faschismus auch in der heutigen „Demokratie“ das Sagen haben – und nicht nur in den Kunstmuseen. Den Konzernen, die durch Aufrüstung der Wehrmacht, durch die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Überausbeutung von Millionen ZwangsarbeiterInnen riesige Gewinne machten, gehören nach wie vor die Produktionsmittel, also die gesamte Wirtschaft.

So baute Daimler-Benz Fahr- und Flugzeuge für das Naziregime und schaffte es innerhalb von neun Jahren seinen Umsatz zu verzehnfachen. Die Lufthansa organisierte Transporte für den faschistischen Franco-Putsch in Spanien. Der Stahlkonzern Krupp finanzierte die Nazis schon seit Ende der 20er Jahre.

Die Konzerne, die Faschismus und Krieg unterstützt und mit Hilfe der Nazis Milliarden verdient haben, wurden nach 1945 trotz der „Entnazifizierung“ nicht enteignet; ihre Profite, die sie unter dem Hakenkreuz gemacht hatten,

wurden über Argentinien oder die Schweiz ins „demokratisierte“ Deutschland zurückgeholt.

Hierbei geht es nicht um schwarze Schafe, es gab keine Trennung zwischen „Nazi-Kapitalisten“ und „guten Kapitalisten“. Auch der „Muster-Menschenfreund“ Oskar Schindler konnte nur so viele Leben retten, weil er ZwangsarbeiterInnen eingesetzt und von ihrer Ausbeutung profitiert hat! Alle deutschen Konzerne waren in das nationalsozialistische System integriert.



Der Faschismus

Aber wie war die Machtübernahme durch die Nazis überhaupt möglich?

Die Revolution von 1918/1919, die gigantischen Klassenkämpfe der 20er Jahre warfen die Frage der Macht immer wieder auf. Wer kontrolliert die Fabriken? Die Kapitalisten oder die Arbeiterklasse? Als die Krise des Systems sich immer weiter vertiefte, kam das Kapital zum Schluss, dass sie die Arbeiterbewegung komplett zerschlagen mussten. Hitler und seine SA-Banden waren das perfekte Werkzeug dafür.

Seine Massenbasis hatte der Faschismus nicht in der Arbeiterschaft, sondern im durch die Krise ruinierten und radikalisierten Kleinbürgertum, d.h. den kleinen Unternehmern und den kleinen Beamten. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen Faschismus und „normaler“ kapitalistischer Reaktion. Die NSDAP war nicht nur ein Wahlverein, sie war eine Terrorbewegung, die als Rammbock gegen die bürgerliche Demokratie und gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt werden konnte.

Es ist ein Wesen des Kleinbürgertums, dass es zwischen Bourgeoisie und Proletariat schwankt. Einerseits will es hoch hinauf zu den Reichtümern und Privilegien des Kapitals, andererseits ist es davon bedroht, ins Proletariat abzustürzen. Das Kleinbürgertum ist der Nährboden für die Massenbewegung des Faschismus; aber das Kleinbürgertum kann nie die Macht an sich reißen. Es kann höchstens für die Diktatur einer anderen Klasse (Kapitalisten oder Arbeiter) kämpfen.

Es ist kein Geheimnis, dass Hitler massive Finanzspritzen aus der Wirtschaft bekam. Viel wichtiger war jedoch der Zuspruch, den Hitler durch das Kapital erhielt – spätestens nach seiner Rede im Düsseldorfer Industrieclub am 27. Januar 1932, wo er viele Konzernspitzen hinter sich bringen konnte, die ihn vorher nur verdeckt oder gar nicht unterstützt hatten.

Es lag schon in der Programmatik der Nationalsozialisten die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen und die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse beizubehalten. Diese beiden Aspekte machten die Faschisten für die Bour-

geoisie attraktiv.

Hitler ist nicht durch Wahlen an die Macht gekommen – ihm wurde die Macht in die Hände gegeben. Schon Anfang 1933 wurde er vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Bei den folgenden Wahlen im März erreichte die NSDAP trotz Straßenterror ihrer SA nicht die absolute Mehrheit; sie schaffte es jedoch, die Regierung zu stellen.

Insofern waren es nicht einfach „die Deutschen“, die Hitler ins Amt gebracht haben. Unterschiedliche Klassen der Bevölkerung hatten unterschiedliche Haltungen: die Kapitalisten haben Hitler finanzielle und politische Unterstützung gegeben. Jedoch bei Wahlen in den Gewerkschaften im April 1933, als alle Arbeiterparteien bereits verboten waren, erhielten die Nazi-Kandidaten lediglich 10-15% der Stimmen. Es dauerte Jahre bis der Widerstand der Arbeiterbewegung in Wedding und Neukölln komplett ausgerottet werden konnte.

Die Wiederkehr

Die staatliche Politik ist durchdrungen von dem Versuch die nationalsozialistische Vergangenheit des deutschen Imperialismus als „Geschehnisse von gestern“ abzutun. Deshalb forderte Kanzler Schröder einen „Schlussstrich“ bei der Aufarbeitung der Nazigeschichte. In diesem Sinne verkündet Innenminister Otto Schily, dass die historische Pflicht Deutschlands schon erfüllt sei – als er Roma abschiebt und die Grenzen für JüdInnen aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion schließt.

Aber so lange kapitalistische Verhältnisse herrschen, werden neue Krisen und neue Kriege wieder ausbrechen und die Nazibewegung wieder aufflammen.

Deshalb drängt das deutsche Kapital wieder auf eine aggressive imperialistische Politik – die Bundeswehr wird aufgerüstet um Afghanistan, den Balkan, und Teile Afrikas zu besetzen. Dieser Expansionszwang, was zu den Verbrechen der Nazi-Zeit führte, liegt immer noch in der Logik des Systems.

Und so lange Menschen ausgebeutet werden wird es Schläger geben, die das System der Ausbeutung aufrecht zu erhalten versuchen.

Wenn wir den Faschismus ausrotten wollen, müssen wir die Menschheit vom Joch der Kapitalherrschaft befreien!

**von Okko aus Osnabrück
und Wladek aus Kreuzberg**

aber wie lange bis zur Befreiung vom Kapital?

Antifaschistische

Am Tag der Befreiung wollen sich viele AntifaschistInnen bei den Alliierten bedanken. Aber

In der offiziellen Geschichtsschreibung wird der Zweite Weltkrieg als Krieg zwischen „Demokratie“ und „Faschismus“ dargestellt.

Doch beim Irak-Krieg waren die offiziellen Kriegsgründe – „die Suche nach Massenvernichtungswaffen“, „der Kampf gegen den Terrorismus“, „Demokratie“, usw. – nur eine Deckung für das wirkliche Vorhaben: die Eroberung des irakischen Öls. Und das wusste jeder SchülerIn auf der Welt. Anlass zu den riesigen Demos unter dem Motto „Kein Krieg für Öl!“.

Deshalb sollte man hinterfragen, was die wirklichen Gründe für den Zweiten Weltkrieg waren.

Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich der Kapitalismus in einer tiefen, weltweiten Krise. In Russland hatte die Arbeiterklasse den Kapitalismus bereits gestürzt; die Ausweitung der proletarischen Revolution drohte, vor allem in Deutschland. Aufstände in den Kolonien brachten die Herrschaft der Kolonialmächte ins Wanken.

Damit verschärfte sich die Konkurrenz unter den entwickeltsten kapitalistischen Ländern. Der Erste Weltkrieg hatte die Frage der imperialistischen Vorherrschaft über die Welt nicht gelöst. Britannien und Frankreich dominierten weiter große Teile der Welt als Kolonialmächte. Die USA hatten sich zur größten Industriemation entwickelt und untergruben die Vorherrschaft Britanniens als führende Kolonial- und

Finanzmacht permanent.

Die Expansion des deutschen und japanischen Kapitalismus nahm aufgrund der Tatsache, dass sie über keine Kolonialgebiete verfügten, eine besonders aggressive Form an. Im imperialistischen System wird die Welt unter den großen Mächten aufgeteilt, und Deutschland konnte nur neue Einflussphären durch die Verdrängung anderer Großmächte gewinnen.

Die Angst vor der proletarischen Revolution (1918, 1923, Weltwirtschaftskrise) und die Zustände der Weimarer Republik gegenüber der Arbeiterbewegung waren die Ursache dafür, dass das deutsche Kapital auf die faschistische Herrschaft setzte. Der deutsche Imperialismus musste für einen aggressiven Eroberungskurs zur Neuverteilung der Welt auf eine faschistische Herrschaftsform zurückgreifen, um jeden Gegensatz im eigenen Lande blutig zu unterdrücken.

Die Kriegsziele Nazideutschlands (wie seiner Verbündeten Japan und Italien) waren offenkundig reaktionär und imperialistisch. Aber auch die Kriegsziele der „demokratischen“ Imperialismen waren alles andere als „fortschrittlich“ oder „antifaschistisch“.



Die herrschende Klasse der USA verfolgte zwei zentrale Kriegsziele: einerseits einen Sieg über Deutschland und Japan, andererseits das Aufbrechen des britischen Kolonialreiches, um so den Weltmarkt der amerikanischen Industrie zu sichern.

Bis 1941 versuchten die USA diese Ziele mit ökonomischen Mitteln zu erreichen. Durch Verkauf kriegswichtiger Güter an Britannien und Frankreich wurde die US-Industrie massiv angekurbelt, Frankreich und Britannien bei den USA total verschuldet.

Die US-Regierung erkannte jedoch, dass die Erringung der globalen Vormachtstellung auch militärisch durchgesetzt werden müsse.

Es ging den USA nach dem Kriegseintritt 1941 nicht um den Kampf gegen Faschismus also solches. Trotz massiven Drängens der Sowjetunion, die die Hauptlast des Kampfes in Europa trug, wurde jahrelang keine zweite Front im Westen errichtet. Erst als die UdSSR rasch gegen Deutschland vorstieß, machte man auch im Westen mobil.

Die US-Kriegsführung schreckte nicht vor der Kollaboration mit Faschisten zurück, wenn es den eigenen Zielen diente. Als die amerikanischen Truppen in die von den Nazis besetzte

französische Kolonie Algerien einrückten, wurde der faschistische Verwalter, General François Darlan, als „Kommissar Frankreichs für Nord- und Westafrika“ im Amt bestätigt. Nur ein erfolgreiches Attentat der Résistance konnte verhindern, dass dieser Faschist die algerischen Massen weiter unterdrückte.

Auch mit dem Diktator Spaniens, General Francisco Franco, der im Jahre 1936 mit Hilfe der deutschen und italienischen Faschisten geputscht hatte, wurde zusammengearbeitet. Da er nicht direkt gegen die westlichen Alliierten gekämpft hatte (spanische Truppen kämpften nur gegen die UdSSR), konnte sich der Verbündete Hitlers bald nach dem Krieg auf politische und wirtschaftliche Hilfe der USA stützen.

In Griechenland haben die USA im Kampf gegen den Kommunismus ebenfalls mit faschistischen Kräften zusammengearbeitet. Die ultrarechten Milizen, die mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatten, wurden von den USA ausgebildet und bewaffnet, um die kommunistische Guerilla ELAS zu bekämpfen, die nach der Vertreibung der Nazis die größte bewaffnete Formation im Lande darstellte.



Wer die hitzigen Anti-Hitler-Reden des britischen Kriegspremier Winston Churchill kennt („Wenn Hitler in die Hölle einmarschiert, dann werde ich mich im Unterhaus für den Teufel einsetzen!“) könnte denken, dass dieser ein überzeugter Antifaschist war.

In Wirklichkeit war Churchill vor allem ein Kämpfer gegen den Kommunismus. Ihm war jedes Mittel Recht, um die Arbeiterbewegung niederzuhalten. Zum Beispiel meinte er, der italienische Faschismus habe „große Dienste für die ganze Welt geleistet“, da Mussolinis Regime „subversive Kräfte bekämpft“ hat – sprich Tausende von KommunistInnen eingekerkert und ermordet hat.

Als Kriegsminister des Vereinigten Königreichs organisierte er die „Intervention“ gegen die durch die Russische Revolution geschaffene Sowjetrepublik. Um seine konterrevolutionäre Arbeit zu rechtfertigen, bediente sich Churchill aller möglichen reaktionären Klischees, nicht zuletzt des Antisemitismus: So exponierte er bereits 1920, dass die Russische Revolution und die in allen Ländern aufkochende kommunistische Bewegung nichts als „Pläne des internationalen Judentums“, eine „weltweite Verschwörung für den Sturz der Zivilisation“ seien. Er ver-

ANZEIGEN

revoneWS 
Der neue Email-Newsletter von REVO mit Terminen, Aufrufen und Artikeln!
jetzt kostenlos abonnieren!

UNABHÄNGIGE LINKE JUGENDZEITSCHRIFT AUS BERLIN

ROTDORN 

seit 1991, 3 mal im Jahr, 6000fach, auf 28 Seiten:
linke Jugendkultur • Gegenöffentlichkeit • Analysen & Perspektiven

Die neue Ausgabe ist im Netz nachzulesen und zu bestellen!

KEEP THE
KEINE FESTUNG EUROPA!

www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter

Siegermächte?

haben die USA und England den Krieg geführt, um die Welt vom Faschismus zu befreien?

teidigte sogar die antisemitischen Pogrome der Weißen, denen Hunderttausende russische Juden/Jüdinnen zum Opfer fielen.

Entsprechend war das Leiden des europäischen Judentums während des Krieges dem mörderischen Antisemiten Churchill völlig egal. In den 30er Jahren wurden über 2000 jüdische Flüchtlinge aus England nach Deutschland abgeschoben, obwohl klar war, was für eine staatliche Verfolgung sie ausgesetzt werden würden.

In diesem Krieg ging es dem britischen Imperialismus keineswegs um die Befreiung Europas vom Faschismus – das Ziel der herrschenden Klasse Britanniens war die Unterwerfung eines besonders aggressiven Konkurrenten und die Verteidigung des eigenen Weltreiches.

Das erkennt man daran, dass die Gesamtheit der britischen Armeen nicht gegen Nazideutschland eingesetzt wurde: während des Krieges, in der Zeit davor und danach, waren Hunderttausende britische Soldaten damit beschäftigt die britische Herrschaft über die Kolonien aufrechtzuerhalten. Rebellionen wurden blutig niedergeschlagen_in Indien, Irak, Palästina, Kenia, Malaysia und anderswo.

FRANKREICH

Dass die herrschende Klasse Frankreichs was gegen Nazideutschland geleistet hätte, ist ein Mythos. Der gesamte Staatsapparat, vor allem das französische Militär unter Führung von General Henri-Philippe Petain kollaborierte mit den Nazis.

Während die nördliche Hälfte des Landes unter deutsche Verwaltung gestellt wurde, war für die südliche Hälfte Petains faschistische Regierung in Vichy zuständig. Das Vichy-Regime handelte ähnlich wie der Berliner: Entzug jeglicher demokratischen Rechte, Verfolgung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, extreme antisemitische Propaganda und ein bizarrer Führerkult.

Nur ein Bruchteil der französischen Streitkräfte um General De Gaulle bildete eine Exilregierung in London. Aber diese konzentrierte sich auf Propaganda für ein „freies französisches Vaterland“ und diplomatische Beziehungen zur amerikanischen Regierung.

Der Widerstand gegen die Nazis in Frankreich – „la résistance“ – wurde von kommunistischen Gruppen organisiert. Diese machte mit Sabotage, Attentaten gegen deutsche Soldaten und französische Kollaborateure, und militärischem Widerstand das Land zunehmend unregierbar.

Warum übernahmen sie nach der Niederlage Nazideutschlands nicht gleich die Macht in Frankreich, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen? Zum einen wegen der US-Armee, die sich eben nicht im Dienste der „Freiheit“ in Frankreich aufhielt, sondern auch um jegliche Schritte in Richtung Sozialismus zu verhindern.

Zum anderen liegt es aber an der stalinistischen Politik der Führung der französischen Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei (PCF). Sie erklärte, dass die französische Arbeiterklasse – die gerade die Nazis vertrieben hatte! – für den Sozialismus „unreif“ sei. Deshalb zielten sie auf die Bildung einer „freien, demokratischen“ (also bürgerlichen) Regierung.

Die sozialistische Revolution stand nicht mehr auf der Tagesordnung, da die Kreml-Führung die Neutralität der französischen Bourgeoisie im Kalten Krieg zu erkaufen versuchte. Die PCF beteiligte sich an der Regierung De Gaulles, ihr Vorsitzender Thorez wurde sogar Vize-Premier. Von diesem Posten aus waren sie aktiv gegen Streiks und andere Proteste der ArbeiterInnen, weil diese die „Nationale Einheit“ gefährden könnten.

UdSSR

Die Sowjetunion und die Rote Armee trugen die Hauptlast des Krieges gegen Nazideutschland. 20 Millionen SowjetsoldatInnen und -zivilistInnen wurden ermordet.

Aber nicht nur darin unterscheidet sich die Sowjetunion von den imperialistischen Mächten: die Rote Armee kämpfte in Verteidigung einer Gesellschaft, die nicht auf kapitalistischen Eigentumsverhältnissen basierte. Mit der Oktoberrevolution 1917 wurden das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft. Insofern gab es in der UdSSR keine Konzerne, die Absatzmärkte im Ausland brauchten. Die UdSSR hatte nicht denselben Expansionszwang wie ein imperialistischer Staat, entsprechend zielte ihre Kriegsführung auf die Verteidigung des eigenen Territoriums und nicht auf die Eroberung neuer.

Doch in der UdSSR hatte sich seit 1917 einiges geändert. An Stelle der Sowjets (Arbeiterräte) herrschte eine despotische Parteibürokratie unter ihrem Generalsekretär Stalin. War der Sowjetstaat zu Beginn nur als Werkzeug für die Weltrevolution konzipiert, war nun die „Theorie des Sozialismus in einem Lande“ zur politischen Leitlinie geworden. Nunmehr ging es nicht um die Ausweitung der Revolution, sondern um die Verteidigung der Interessen des Landes, vor al-

lem der herrschenden Schicht.

Das zeigte sich sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik der UdSSR unter Stalin. Zuerst sollte Hitler im Bund mit „demokratischen“ imperialistischen Staaten aufgehalten werden. Zu diesem Zweck unterstützten englische und französische Stalinisten die Aufrüstung „ihrer“ Staaten.

Durch die Moskauer Schauprozesse wurden zehntausende Bolschewiki ermordet. Auch die wichtigsten Generäle der Roten Armee fielen diesen „Säuberungen“ zu Opfer.

Aber der Gipfel dieser Verbrechen kam mit dem sog. Hitler-Stalin-Pakt, einem Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland. Dieser beinhaltete u.a. die Aufteilung Polens zwischen den beiden Mächten. Auch in Finnland, den Baltik-Staaten, und den Sowjetrepubliken wurden nationale Minderheiten unterdrückt, nicht selten ganze Volksgruppen deportiert. Deshalb hat die ukrainische Bauernschaft die Nazis als Befreier von der Stalin-Diktatur begrüßt!

Es ist also klar – die Strategie der Stalin-Bürokratie war alles andere als eine sozialistische Kriegsführung. Die Sowjetunion hat nicht wegen, sondern trotz Stalin gewonnen.

4. INTERNATIONALE

RevolutionärInnen hätten im Zweiten Weltkrieg in den imperialistischen Ländern gegen die „eigene“ Bourgeoisie und für die Verteidigung der Sowjetunion kämpfen müssen.

Nur die AnhängerInnen des russischen Revolutionärs Leo Trotzki verfolgten eine Politik, wie sie Lenin und die Bolschewiki während des ersten Weltkriegs entwickelten: Den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie verwandeln! Statt Krieg für die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten, Krieg für den Sozialismus in allen Ländern!

Die TrotzkiistInnen der Vierten Internationale traten in allen Ländern für die Revolution ein. Sie kämpften dafür, dass das gesamte imperialistische System in seiner faschistischen wie „demokratischen“ Gestalt gestürzt wird. Denn schon damals erkannten sie, dass ein Sieg des „demokratischen“ Imperialismus nur den Weg für die weitere Unterwerfung der kolonialen Welt, für weitere interimperialistische Konkurrenz und für weitere Weltkriege bereiten würde.

Um das auf einen Satz zu reduzieren: Im Zweiten Weltkrieg haben die Bösen verloren, aber die Guten haben nicht gewonnen. ★

von Wladek aus Kreuzberg

Amerikanische Nazi-Profitere

„Demokratische“ Konzerne profitierten auch vom Faschismus



IBM ist heute einer der größten Computer-Hersteller der Welt. Seinerzeit spielte der Konzern für die mörderischen Vorhaben der Nazis eine entscheidende Rolle. Es war die Lochkartentechnologie – Vorläufer des Computers – von IBM, welche die Nazis befähigte, die Verfolgung von Regime-GegnerInnen und „Untermenschen“ zu automatisieren. Ihre Rechenmaschinen wurden dazu benutzt, um Listen von Juden/Jüdinnen und sonstigen Opfern zu erstellen, die deportiert werden sollten, und um KZ-Insassen sowie ZwangsarbeiterInnen zu registrieren. Die Geschäfte wurden über das deutsche Tochterunternehmen Dehomag organisiert, dessen Gewinne während des Krieges katapultartig anstiegen. Ohne die fortgeschrittene Technologie von IBM wäre es den Nazis kaum möglich gewesen, den Holocaust derart effektiv auszuführen.**



General Motors trägt einen großen Anteil daran, dass Nazi-Deutschland im Krieg auf neueste Technologie bauen konnte. Die Nazis tasteten die Besitzverhältnisse von GM nie an. So blieb Opel, die deutsche Tochtergesellschaft von GM, während der gesamten Nazi-Herrschaft in GM-Besitz. Die deutschen Zweigwerke von GM wurden nach einem Treffen von Hitler und Göring mit dem GM-Vertreter Mooney am 19. und 20. September 1939 gänzlich auf Kriegsproduktion umgestellt. Das Berliner Opel-Werk war dabei so erfolgreich, dass die Nazis ihm den ehrenvollen Titel „Kriegsmusterbetrieb“ verliehen. GM setzte Kriegsgefangene vor allem aus Frankreich und der Sowjetunion ein. Die Gestapo sorgte persönlich dafür, dass die sogenannten FremdarbeiterInnen auch gut arbeiteten. Ihr Einsatz war gekennzeichnet von maximaler Ausbeutung und der Todesstrafe bei kleinsten Vergehen.

GM wurde nach dem Krieg nicht nur nicht bestraft, sondern erhielt sogar eine Entschädigung für Beschädigungen, die ihre Opel-Niederlassungen während der Luftangriffe der Alliierten erlitten, in Höhe von 33 Millionen US-Dollar vom amerikanischen Staat.



Auch Ford war maßgeblich am Nazi-Kriegserfolg beteiligt. Zu einem gegebenen Zeitpunkt stellten Ford und GM zusammen nicht weniger als die Hälfte der deutschen Gesamtproduktion an Panzern. Henry Ford, der Gründer des Unternehmens, war bekennender Antisemit, der Hitler bewunderte, ihm jedes Jahr zu seinem Geburtstag 50.000 Reichsmark schenkte und sogar mit seinem antisemitischen Buch „The International Jew“ inspirierte. Ford lieferte den spektakulärsten Fall von Missbrauch von ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen. Das Unternehmen setzte ab 1942 Kriegsgefangene aus Belgien, der Sowjetunion, Frankreich und anderen besetzten Ländern ein, hielt diese Menschen unter unmenschlichen Bedingungen hinter Stacheldraht gefangen, ließ sie jeden Tag außer Sonntag 12 Stunden lang schufteten und zahlte ihnen nicht den geringsten Lohn. 1944 wurde Ford von den Nazis Häftlinge aus dem KZ-Buchenwald zur Verfügung gestellt, welche noch schlechter behandelt wurden.



Coca-Cola war seit jeher mit von der Partie, wenn es darum ging Arbeitsrechte zu verletzen und von brutaler Repressionspolitik zu profitieren. Die deutschen Zweigwerke von Coca-Cola konnten ihre Gewinne enorm erhöhen, als sie der Wehrmacht in besetzte Länder wie Frankreich und Belgien folgen durfte. Als nach dem Angriff auf Pearl Harbor der Coca-Cola-Sirup nicht mehr aus den USA importiert werden konnte, ging der Verkauf mit einem neuen Getränk namens Fanta weiter, von dem allein im Jahre 1943 nahezu 3 Millionen Kisten verkauft wurden. Diese enorme Produktion konnte nicht zuletzt durch den Einsatz von Kriegsgefangenen bewerkstelligt werden. Das Engagement von Coca-Cola kann wohl kaum mit seinem Image vereinbart werden, welches für „Freiheit und Demokratie“ steht.

Wenn wir die Enteignung aller NS-Proiteure fordern, meinen wir nicht nur die deutschen! ★

von Jim aus Stuttgart



BZ trauert – REVO nicht!

Alle paar Jahrzehnte ereignet sich ein Schauspiel, das dem gläubigen, realitätsfremden Menschen unheimlich erscheint. Der himmlische Papst erliegt dem irdischen Sterben. Wir gehören nicht zu den sentimental Spinnern, die am Grabe die Sünden des Verstorbenen vergeben und Träne vergießen und Lobhuldigungen aussprechen. So wie seine letzten Worte nach seiner Operation, ein Röcheln des Urbi et Orbi, waren auch seine ersten Worte nach seinem Amtsantritt, „Öffnet die Tore für Christus“, nicht mehr als nichtsaussagendes Gesülze eines alten Mannes, dessen Handlungswillen im Kampf für eine bessere Welt sich im Niederknien beim Gebet erschöpft. Für viele Menschen hielt er die Tore verschlossen. Er hielt stur am Zölibat fest, sah Homosexualität als Abnormalität an, stellte sich gegen die Diskussion um weibliche Priester und lehnte Abtreibung, passive wie aktive Sterbehilfe und künstliche Empfängnisverhütung ab. Die Medien können nicht genug davon kriegen, den Kult dieses Mannes zu verehren, der Papst läuft mittlerweile Gott als Superstar der katholischen Kirche den Rang ab. Vergessen sein Händeschütteln mit dem chilenischen Diktator Augusto Pinochet, seine Heiligsprechung des rechts-extremen Opus-Dei-Begründer Josemaría Escrivá de Balaguer und die Geldzahlungen für die antikommunistische polnische Opposition (im Auftrag der CIA). Wir vergessen nicht so schnell. Der Papst ist tot und auf seinem Grabstein wird stehen: „Ich wusch meine Hände in Schuld.“ ★

von Okko aus Osnabrück

* Alle Angaben aus dem Buch „Der Mythos vom guten Krieg“ von Jacques Powels, Papy Rossa Verlag

** mehr Infos hierzu im Buch „IBM und der Holocaust“ von Edwin Black, Propyläen Verlag)

Die Revolution der Tulpen

Wann ist eine Revolution gar keine? Wenn sie von den imperialistischen Mächten begrüßt wird.

Nach der der „Rosen-Revolution“ in Georgien und der „Orangen Revolution“ in der Ukraine fand jetzt in Kirgisien die „Tulpen-Revolution“ statt – eine weitere Blümchenrevolution, ein weiterer „demokratischer Umsturz“, der in den westlichen Medien bejubelt wird. Diese „Revolution“ bedeutete der Sturz des eher prorussischen Präsidenten Akajew.

Der Sturz

Am 24. bzw. 25. März 2005 hatte sich die ohnehin schon kritische Lage in Kirgisien zugespitzt. Nach einer umstrittenen Präsidentschaftswahl erstürmten mehrere tausend DemonstrantInnen in der Hauptstadt Bischkek den Regierungs- und Präsidentensitz. Vor dem Sturz sind die staatlichen Ordnungskräfte immer passiver geworden und liefen teilweise schon zu den späteren Siegern über.

In den bürgerlichen Medien war viel von „kriminellen Energien“ zu hören, die sich nach dem Sturz entwickelten, was allerdings sehr vereinfacht dargestellt ist. Am Anfang stürmte die aufgebrachte Menge die Einkaufszentren, die dem Sohn des gestürzten Präsidenten gehörten. Dann plünderten die Kirgisen aus den ärmlichen Provinzen alles – im Grunde nahmen sie sich nur das, was sie sonst nie kriegten.

Am 25. März wurden die Toten bei den Ausschreitungen auf fünf bis hundert geschätzt.

Das Parlament setzte Kurmanbek Bakijew für eine Übergangszeit als Regierungschef und Präsidenten ein. Er ist Geschäftsführer der Clans im Süden des Landes und einer der reichsten Männer Kirgisiens. Im nördlichen Landesteil ist er allerdings eher unpopulär. Zwischen den Clans, die kriminelle Strukturen mit Drogen- und Waffenhandel entwickelt haben, gibt es Konflikte.

Die Massenstimmung bei dem Sturz wurde von einer rohen Umverteilungswut dominiert und hatte kaum Bezug entweder zu den Wünschen der Clans oder zu den westlich-liberalen Vorstellungen von „demokratischen Umwälzungen“.

Der gestürzte Präsident floh nach Kasachstan. Vom russischen Präsidenten Wladimir Putin, welcher den Machtwechsel als „völlig illegitim“ bezeichnete, wurde ihm Asyl angeboten. Auf der anderen Seite meinte er, dass sich Moskau nicht in die kirgisischen Angelegenheiten einmischen wird und die in Kirgisien stationierten Truppen aus dem Konflikt herausgehalten werden.

Washington beteuert den Umsturz nicht herbeigeführt zu haben. Aber die USA haben ebenfalls nahe Bischkek einen Truppenstützpunkt.

Die europäischen und US-Imperialisten hoffen darauf, dass die „demokratischen Revolutionen“ der Ukraine und Georgiens auf Länder wie Belarus, Armenien und wie jetzt Kirgisien über-



schwappen. In den kommenden Jahrzehnten werden sich die wirtschaftlichen Interessen der EU nach Eurasien verlagern.

Imperialistische Interessen

Die mittelasiatische ehemalige Sowjetrepublik Kirgisien grenzt im Norden an Kasachstan und im Osten an China. Südwestlich von Kirgisien liegt Afghanistan – eine interessante Region für verschiedene imperialistische Mächte.

Schon im 19. Jahrhundert gab es englisch-russische Rivalitäten um die rohstoffreiche Region. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich diese mit den weiteren Konkurrenten USA und China fortgesetzt. Ab 1991 haben sich die neu entstandenen Staaten Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan teils mit China, teils mit Moskau und teils mit dem Westen verbandelt. Nach dem 11. September 2001 hat die USA ihren Einfluss verstärkt, indem sie mit Kasachstan und Tadschikistan Zusammenarbeit beim „Krieg gegen den Terror“ vereinbart hat und in Usbekistan und Kirgisien Stützpunkte errichtet hat. Mit dem Irak-Krieg im Frühjahr 2003 hat Washington angesichts der deutlich werdenden strategischen US-Interessen seine Machtposition eingebüßt.

Die zentralasiatischen Staaten wandten sich nun an Russland und China. Diese banden die zentralasiatischen Staaten verstärkt in ihr Geflecht aus politischen und militärischen Vereinbarungen ein: Russland stationierte Truppen in Kirgisien und Tadschikistan. Anfang Februar dieses Jahres lehnte Kirgisien den USA die Stationierung von AWACS-Überwachungsflugzeugen ab. Auf der anderen Seite genehmigte es Russland die Erweiterung ihres Stützpunktes.

Mit Georgien, der Ukraine und nun Kirgisien schwindet die russische Vormachtrolle in den

Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Das obwohl doch Wladimir Putin schon meinte dem Bedeutungsverlust der strauchelnden Großmacht wettzumachen und sich in Anlehnung an Peter den Großen schon als „Sammler russischer Erde“ bezeichnete. Wie Russland „sein“ Land sammelt, zeigen die komplette Zerstörung und Hunderttausende Tote in Tschetschenien. Es ist unwahrscheinlich, dass Russland in unruhigen Zeiten mehr Fingerspitzengefühl in Zentralasien anwenden wird.

In Zukunft könnten in Kirgisien und Usbekistan bisher hintergründige radikal islamistische Bewegungen, wie die Hisbut-Tahrir im Fergana-Tal und im Süden Kirgisiens, die dort eine erhebliche Gefolgschaft haben, erstarken. Diese stellen allerdings eine Gefahr für alle fortschrittlich denkenden Menschen, die gegen Sexismus, Homophobie und Religion kämpfen dar.

Revolutionäres Potential

Die Spaltung der Polizei in Kirgisien hat gezeigt, dass diese in starken Aufruhrperioden ins Schwanken gerät und nicht immer eine feste Position einnimmt. Das zeugt einerseits daher, dass sie meist nicht mit den alten Machtverhältnissen brechen will aber auch Angst vor der Wut der Aufständischen hat. Diese Schwäche der Polizei zeigt, dass die Arbeiter und Armen vereinigt eine schwer besiegbare Kraft darstellen können.

Die unteren Schichten der kirgisischen Bevölkerung brauchen keine Regierung, die aus irgendwelchen Clans hervorgeht, welche aus dreckigen Drogen- und Waffengeschäften profitieren. Vielmehr benötigen sie eine Arbeiter- und Bauernregierung, die ernsthaft die Interessen der verarmten Kirgisen vertritt. ★

von Till au s Lichtenberg

Ein Tag gegen Krieg und Neolibe

Am 19. März 2005, dem zweiten Jahrestag des Angriffs auf den Irak, haben Millionen Menschen

★ BRÜSSEL

Am 19. März kamen 100.000 DemonstrantInnen aus verschiedenen europäischen Ländern nach Brüssel, um zu zeigen, was sie von der Europäischen Union halten. Anlass war ein Gipfel der EU-Regierungschefs, der zwei Tage später in der belgischen Hauptstadt stattfand.

Aufgerufen zu diesem Protest hatte das Europäische Sozialforum im Oktober 2004 in London, aber geprägt war die Demonstration vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und seinen Mitgliedsorganisationen. Wohin das Auge reichte waren GewerkschafterInnen – nicht nur aus Westeuropa, sondern auch aus Polen, Rumänien, Slowenien, usw. – mit quietschbunten Fahnen, Mützen, T-Shirts und vor allem Trillerpfeifen und Luftballons zu sehen. Es erinnerte eher an ein Straßenfest als an einen Protest gegen die bestehenden Machtverhältnisse. Das machte sich auch darin deutlich, dass von der ursprünglichen Idee eines Aktionstags gegen die europaweiten Angriffe auf die sozialen Rechte der ArbeiterInnen, gegen den EU-Verfassungsentwurf und die imperialistische Besatzungspolitik nicht viel übrig blieb.

Die EGB-Führung hielt es wohl für „wirksamer“ die Proteste allein auf die Bolkestein-Richtlinie zu beschränken. Bolkestein soll zur „Liberalisierung der Dienstleistungen“ in der EU dienen, also zum europaweiten Lohndumping. So wurde zwar von den HauptrednerInnen, wie EGB-Vorsitzender Monks oder DGB-Chef Sommer, der niederländische EU-Kommissar Bolkestein als neuer „Frankenstein“ betitelt, aber als Alternative wurde lediglich eine „Nachbesserung der Richtlinie“ gefordert. Kein kriti-

scher Ton zur Verfassung – Aufrüstung und Besetzung wurden gar nicht erst erwähnt!

Aber nicht alle begnügten sich mit dem lauen Lüftchen, das an diesem Tag durch Brüssel weht. Der „Marche de jeunes“ – Jugendmarsch – schloss etwa 10.000 Jugendliche von Gewerkschaftsjugend und linken Gruppen zusammen und war deutlich kämpferischer als der Rest der Demo. Zwischen zwei riesigen Lauttrucks war der kleine aber militante Block von REVOLUTION. Wir waren mit etwa 30 Jugendlichen aus Deutschland und England angeeignet, um eine andere Perspektive als die von den Gewerkschaftsbürokraten zu zeigen: statt Appelle an die Vernunft der Regierungen und Kapitalisten, ein internationaler Abwehrkampf gegen die Angriffe, für die sozialistische Revolution!

So zogen wir durch die Straßen Brüssels mit Sprechchören wie dem bekannten „ONE SOLUTION REVOLUTION“, dem Song „Power to the workers, cause the workers got the power, workers got the power“ oder dem beliebten „A – ANTI – ANTICAPITALISTA!“

Den größten und lautesten Block stellten die französischen GewerkschafterInnen, allen voran die CGT, die mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen die selbstgenügsame Beschränkung des EGB durchbrachen. Mit der Parole: „Non, non, non – contre la constitution!“ machten sie die Ablehnung der EU-Verfassung wieder zu einem zentralen Slogan der Demo.

Die Mobilisierung der CGT zeigte zwar das Kampfpotential der europäischen Arbeiterklasse, jedoch wäre es notwendig gewesen, den Kampf zur Verteidigung der 35-Stunden Woche, den Kampf gegen die Rentenkürzung der Blair-Regierung, gegen Hartz-Gesetze und Agenda in Deutschland miteinander zu verknüpfen und mit der Mobilisierung gegen die EU-Verfassung, imperialistische Außenpolitik und die Besetzung des Iraks zu verbinden.

Um beim nächsten Mal die Macht des sich bildenden Staatenbundes (und das Glas der verschont gebliebenen Gebäude!) in Brüssel zu brechen, müssen wir vorher die heuchlerischen, reformistischen Gewerkschaftsbürokraten stürzen und die Gewerkschaften in Kampforganisationen der Arbeiterklasse verwandeln. Wir brauchen eine Organisation, die die Kämpfe gegen die Angriffe auf weltweiter Ebene koordinieren und führen kann: eine revolutionäre Jugend-Internationale. ★

von Salvador aus Friedrichshain
Weitere Fotos aus Brüssel gibt es auf:
www.onesolutionrevolution.de

★ NEW YORK

Im den Zentrum des US-Imperiums reagierten über 15.000 Menschen auf den Aufruf des Weltsozialforums, gegen die andauernde Besetzung des Iraks zu demonstrieren. Die Demo begann im Manhattaner Armenviertel Harlem mit Redebeiträgen von AktivistInnen und örtlichen Stadtratmitgliedern. Viele der RednerInnen waren Latinos oder Schwarze und viele forderten den sofortigen Rückzug der Truppen und eine Wiederaufnahme des politischen Kampfes gegen die Bush-Regierung.

Die Demo war voll von selbstgemachten Transparenten und Plakaten, Marsch- und Sambabands und einer spürbaren Stimmung des Widerstandes gegen den sogenannten „Krieg gegen den Terror“. Die Demo wurde von dem Bündnis „Troops out Now“ organisiert. An diesem Tag veranstaltete ein weiteres Anti-Kriegs-Bündnis – „United for Peace and Justice“ (UPJ) – eine andere Demonstration mit Familien und Angehörigen von SoldatInnen vor der Militärbasis Fort Bragg.

Die New Yorker Demonstration führte durch mehrere Wohnviertel zum Central Park. Viele ZuschauerInnen verließen ihre Wohnungen und kamen zur Demonstration, streckten ihre Fäuste in die Luft und beteiligten sich an den Anti-Kriegs-Sprechchören.

Die Demonstration in New York war kleiner als die in London, aber sie wirkte militanter und herausfordernder gegenüber den Kriegstreibern und ihrem Chef Bush. Transparente von ArbeiterInnen und kommunistischen und anarchistischen Gruppen forderten Streiks gegen den Krieg und die Unterstützung des irakischen Widerstandes. Jedoch nicht jeder begrüßte diese Demo: Im Central Park traf der Protestzug auf eine kleine Pro-Kriegs-Demonstration mit ca. 25 Leuten mit Libanon- und US-Fahnen und Pro-Kriegs-Sprechchören.

Ein fortwährender, andauernder Protest ist für die Anti-Kriegs-Bewegung sehr wichtig, besonders auch, weil die Bush-Regierung klar gemacht hat, dass sie für eine lange Zeit im Irak bleiben will. Eine klare Strategie für den Widerstand gegen die Bush-Agenda, aber auch gegen die Lügen der Demokraten und deren falsche Versprechungen wird nötig sein. ★

von Nomis aus Leeds

Das neue Programm von WORLD REVOLUTION für die USA – „REVOLUTION in the USA: An action Program for Radical Youth in America“ – wurde auf der Demo in New York verteilt. Den Text gibt es auf Englisch auf:
www.worldrevolution.info/us

★ ATLANTA

Am zweiten Jahrestag des Krieges im Irak gab es große Proteste in der Innenstadt von Atlanta. Diese waren sehr erfolgreich und es wurde in den Medien viel berichtet – besonders während einer Auseinandersetzung zwischen sozialistischen/kommunistischen Gruppen und republikanischen GegendemonstrantInnen. Es kam zu einigen Festnahmen als ein paar Prügeleien ausbrachen, wobei aber nur die linken Jugendlichen festgenommen wurden. Natürlich wurden die Republikaner nicht für die Kämpfe verantwortlich gemacht. ★

von Cannon aus Atlanta



Imperialismus

rund um die Welt demonstriert



★ PRAG

Auch in Prag fand am 20.03.2005 eine Demonstration gegen die Besetzung des Irak und für die Unterstützung des irakischen Widerstandes statt. REVOLUTION Prag war natürlich mit dabei und zog in einem Block von ca. 25 Jugendlichen, gemeinsam mit 250 anderen Linken durch die von Touristen verstopfte Prager Innenstadt. Dies war die erste gemeinsame Aktion der verschiedenen linken Prager Gruppen, die im letzten Jahr noch drei getrennte Mini-Demos vorzogen.

Die Einigkeit war positiv, wurde aber „teuer bezahlt“: Die Anmelder dieser Demonstration, das American Peace Forum, verboten allen teilnehmenden Gruppen das Tragen roter Flaggen, Transparente mit rotem Hintergrund sowie Slogans mit dem Wort „Intifada“. Die UnterstützerInnen der Demonstration reagierten unterschiedlich auf diese Zensur. Die stalinistische Partei KSM zum Beispiel erschien mit einem roten Transparent und REVOLUTION ließ sich das Wort („Intifada“) nicht verbieten. REVOLUTION hat auch sonst keine Möglichkeit vertan, sich zu präsentieren. Die GenossInnen aus Prag haben mit eigenem Transparent, kreativen Plakaten, Flugblättern (in denen auch Zensur kritisiert wurde), eigenem Redebeitrag und lautstarken Sprechchören auf sich und ihre Positionen aufmerksam gemacht. ★

von Natalie aus Falkensee
revo-cz.webpark.cz

★ JAKARTA

Am Sonntag, den 20. März 2005 gingen ca. 100 Leute in der Hauptstadt Indonesiens auf die Straße. Diese Aktion sollte an den 2. Jahrestag des Irak-Krieges erinnern, welcher immer noch anhält. Der Protest begann um 10 Uhr mit einer langen Demo von dem HI Circle (in der Stadtmitte) über das UN-Zentrum und die US-Botschaft zum Präsidentenpalast. Während der Demo riefen die DemonstrantInnen Slogans wie z.B. „Nieder mit dem Imperialismus“.

Vor der US-Botschaft sagte eine Aktivistin von einer Frauenorganisation, dass diese Aktion der vollen Solidarität der Iraker und Irakerinnen gilt, dessen Land von der US-Armee seit nunmehr zwei Jahren besetzt ist. Sie erhielt volle Zustimmung aus der Menge. Die Aktion vor der US-Botschaft dauerte etwa eine halbe Stunde, danach ging die Demo weiter zum Präsidentenpalast, um gegen die Politik von Susilo Bambang zu protestieren. Dieser internationale Aktionstag war auch eine gute Gelegenheit deutlich zu machen, dass die indonesische Regierung genauso wie die irakische als Vertreter des Imperialismus eingesetzt wurde. ★

von Meistra aus Jakarta
revoindonesia.blogspot.com



★ WIEN

In Wien demonstrierten am 19.03 etwa 1.500 Personen gegen Krieg, Besetzung und Sozialabbau. Wir von REVOLUTION hatten einen großen (ca. 100 Jugendliche) und lautstarken Block, der mit antiimperialistischen Slogans durch die Straßen zog. Die OrganisatorInnen der Demonstration hatten uns mit bürokratischen Mitteln das Rederecht auf der Abschlusskundgebung verweigert – deshalb haben wir gemeinsam mit anderen linken Gruppen eine eigene Abschlusskundgebung organisiert. Ungefähr die Hälfte der DemonstrantInnen marschierte mit uns zur amerikanischen Botschaft, wo wir US-Flaggen verbrannten und Reden abhielten. Insgesamt eine gute Demo und ein guter Auftritt von REVO. ★

von Max aus Wien
www.revolution-austria.at

★ MELBOURNE

18. März: einen Tag früher als in den meisten Städten der Welt zogen DemonstrantInnen durch die Straßen von Melbourne, um den globalen Aktionstag gegen die imperialistische Invasion des Iraks zu unterstützen.

Unter dem Transparent „Troops out of Iraq“ zog die Kundgebung mehr als 200 Leute an, die einer Reihe von Redebeiträgen zuhörten – am bemerkenswertesten war der Redner Andrew Wilke, ein früherer Offizier ONA (Office of Natural Assessment), der 2003 die Lügen der Howard-Regierung über den Angriff auf den Irak entlarvte. Wilke und andere Redner verurteilten die australischen, US-amerikanischen und britischen Einsätze im Irak und die Konzerne, die vom Töten profitieren.

Von dieser Kundgebung aus ging der Protestzug über die Swanston Street in die Innenstadt, wo ein „die in“ (Sterbefest) vor einem in einem Einkaufszentrum inszeniert wurde. Dann ging der Protest weiter und wurde zu einer Sitzblockade einer zentralen Kreuzung, die erfolgreich den Berufsverkehr am Freitag im Herzen von Melbourne blockierte. ★

von Michelle aus Melbourne
www.onesolutionrevolution.org

★ STOCKHOLM

In Stockholm nahmen viele REVO-AktivistInnen an der Demonstration gegen die Besetzung des Irak am 19. März teil. Ungefähr 1.500 DemonstrantInnen hatten sich im Segels-Park im Zentrum von Stockholm versammelt, um den Rednern und einer Ska-Band zuzuhören. Unter den DemonstrantInnen waren viele Jugendliche.

Kalle Larsson, Parlamentsabgeordnete der Linkspartei, bekam viel Zustimmung von den Demonstrant-

Innen, als sie die Position der sozialdemokratischen Regierung kritisierte, welche die Besetzung durch Ausbildung von PolizistInnen unterstützt und es zulässt, dass schwedische Firmen Rüstungsgüter an die amerikanischen und britischen Truppen verkaufen.

Die Demo ging dann geschlossen zur US-Botschaft. Wir formierten einen kleinen aber effektiven Block mit einem Transparent mit der Aufschrift „Sieg dem irakischen Widerstand!“. ★

von Gunnar aus Stockholm
www.revolution.se

★ LONDON

Am 19. März gingen 100.000 DemonstrantInnen gegen die Besetzung des Iraks auf die Straße.

REVOLUTION-Gruppen aus dem ganzen Land demonstrierten zusammen in einem lauten, lebendigen Block. Als wir an der US-Botschaft vorbeikamen, riefen wir laut im Chor: „shut it down“. Während die Demo durch die Londoner Innenstadt zog, forderten wir eine aktive Solidarität mit dem irakischen Widerstand, um den heldenhaften Kampf gegen die US- und UK-Besatzer zu unterstützen. Als wir schließlich am Ende der Demonstration den Trafalgar Square betraten, erhoben wir unseren Markenzeichen-Slogan „one solution – revolution“ gegen das kapitalistische System, das zu imperialistischen Kriegen führt.

Wir nutzten die Gelegenheit der Demonstration um unsere neue Kampagne für Schuldenerlass für die Dritte Welt „Dump the Debt“ zu starten. Während der kommenden Monate bis zum G8-Gipfel in Schottland wollen wir einen lebendigen Protest und direkte Aktionen rund um das Thema Bank- und Finanzinstitutionen, die die Dritte Welt ausbluten lassen, schaffen. Unsere Message während der gesamten Demo war: der nächste Halt ist in Gleneagles, wo wir das Treffen der G8 blockieren werden! ★

von Luke aus Leeds
www.worldrevolution.org.uk



Haste mal 2.500 Euro?

Studis müssen so betteln – oder die Gebühren bekämpfen!

Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot von Studiengebühren aufgehoben, woraufhin in einigen Bundesländern wie Hamburg oder Bayern bereits Gebühren bis zu 2.500 Euro eingeführt wurden. In Berlin ist das Erststudium (noch) weitgehend gebührenfrei.

Die Einführung von Studiengebühren entspricht der Verwertungslogik des Kapitals und stellt einen weiteren Schritt in den sich verschärfenden sozialen Angriffen dar. Dass die Einnahmen der Studiengebühren nicht an den Hochschulen bleiben, sondern, nach Vorschlag des Berliner Finanzsenators Sarrazin, zur Hälfte in den Landeshaushalt fließen sollen, ist nicht das Hauptargument gegen ein kostenpflichtiges Studium. Vielmehr muss das Augenmerk auf die soziale Selektion beim Hochschulzugang, die ja bekanntlich schon beim mehrgliedrigem Schulsystem anfängt, gerichtet sein.

Schon jetzt, bei einem gebührenfreien Studium, ist die Anzahl von Arbeiter- und Immigrant*innen sehr gering. Welche der Studierenden und deren Familien die Zahlung von Studiengebühren besonders hart treffen wird, liegt auf der Hand; umso absurder ist es von „sozialverträglichen Studiengebühren“ zu reden! Was die neuen „Studienreformen“ bezwecken sollen ist offensichtlich: es geht zum einen um die Staatsfinanzen, zum anderen um die noch stärkere Anpassung des Studiums an die Erfordernisse des Marktes (schließlich sollen sich auch studierte Menschen profitabel und kapitalistisch sachgerecht verwerten lassen) und weiter noch um die Reproduzierung und Verhärtung der Klassengesellschaft.

Es ist logisch, dass die Student*innen gemeinsam mit anderen von den Angriffen betroffenen Schichten der Bevölkerung gemeinsam kämpfen müssen. Für die vergangenen Studentenproteste im Winter 03/04 war das nur am Rande Thema, auch wenn es einige Ansätze in diese Richtung gab, wie die Soli-Demo Berliner Student*innen zu Daimler – die leider nur 30 von einigen Tausenden Streikenden umfasste! – und andere Aktionen ge-

gen den Sozialabbau.

Insgesamt blieben die Proteste jedoch auf der Ebene der Uni-Politik. Wohlerzogen appelliert wurde an die Politiker und Vertreter der Macht und besonders viel Wert wurde darauf gelegt, das Bild des freundlichen, lustigen und kreativen Studenten abzugeben.

Es wurde von „den Studenten“ gesprochen, als ob diese eine homogene Masse bilden würden, Klassenlage, Lebensumstände, finanzielle Abhängigkeit und Interessen völlig ignorierend. So ist es z.B. nicht unwichtig, ob man als studierender Mensch darauf hofft, sich in die zukünftige Elite einzureihen oder sein Studium aus Gründen der persönlichen Neigung, jenseits der Karrieregedanken, aufgenommen hat.

Durch die Proteste im letzten Jahr konnten weder die Kürzungen an den Unis noch die Einführung von Studiengebühren verhindert werden, was nicht verwundern dürfte.

Widerstand und politischer Druck müssen zusammen mit den Kämpfen der Arbeiter*innen, der Erwerbslosen, den Gewerkschaftsorganisationen und aktiv mit den sozialen Bewegungen geleistet werden.

Der Widerstand kann nur erfolgreich sein, wenn die Proteste keine nur studentischen sind, da auch die scheinbar „universitätsinternen“ Probleme und Angriffe nicht für sich alleine stehen, sondern Resultat der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation sind.

Der Kampf gegen Studiengebühren und für einen offenen Zugang zu den Unis muss intensiviert werden. Einige Studentenorganisationen und ASTen haben für den 1. Mai gemeinsame Aktionen mit den Gewerkschaften angekündigt; Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es ist nicht genug. Für eine möglichst effektive Mobilisierung müssen an den Unis und Fachhochschulen Versammlungen organisiert und Aktionskomitees gewählt werden, die gemeinsam mit den Nicht-Studierenden Demos, Besetzungen und Blockaden organisieren, die auch in den Wochen nach dem Ersten Mai fortgesetzt werden. ★

von Isobel aus Kreuzberg



VERMUMMUNG

Wenn bei einer Demonstration Leute festgenommen werden, wird oft als Begründung angeführt, dass sie verummumt gewesen seien. Und das ist verboten.

Doch die Vermummung ist mehr als ein Moegeag. Sehr oft werden Demonstrant*innen von den Bullen gefilmt, aber auch Nazis tun das, um Linke für spätere Überfälle zu identifizieren. Kein Wunder also, dass sich Demonstrant*innen dagegen schützen wollen.

Das Filmen von Demoteilnehmer*innen ist den Bullen nicht ohne einen Vorwand erlaubt. Als Vorwand gilt z.B. die Vermummung. Wenn man also versucht, seine Identität zu verschleiern, macht man sich strafbar. Dies gilt laut Versammlungsgesetz §17a – dem „Vermummungsgesetz“. Darin steht jedoch nicht klar, wann Vermummung wirklich strafbar ist bzw. wie man sich verummummen muss, um u.U. festgenommen werden zu können.

Ein Beispiel. Am 3. Okt 1996 wurde Walther S. wegen nicht erkennbarer Identität auf einer Demo gegen die nationalen Einheitsfeiern in München festgenommen. Er trug eine Kapuze, eine Sonnenbrille und „versteckte“ sich hinter einem Transparent. Dies waren drei Gründe für Zivilbeamte, ihn und zwei andere Leute nach der Abschlusskundgebung festzunehmen. Eine Hausdurchsuchung erfolgte bei Walther und er wurde zu 24 Sozialstunden verurteilt. Laut Staatsanwaltschaft sollte es sogar zu 32 Stunden Freizeitarrrest kommen. Der Richter meinte aber, das Transparent gelte nicht als Vermummung, aber Sonnenbrille und Kapuze sehr wohl.

Das Vermummungsverbot ist ein undemokratisches Mittel, das die Demonstrationsfreiheit einschränkt. Es unterstellt nicht nur von vornherein, dass Demonstrant*innen Straftaten begehen; die Demonstrant*innen werden gezwungen, ihre Identität offen zu legen, während jene der Knüppel-Bullen natürlich nicht so leicht zu erfahren ist.

Die Erleichterung des Feststellens der Identität nützt letztlich immer dem bürgerlichen Staat bei seinen Versuchen, jede Art von Protest und Widerstand zu kriminalisieren und zu bekämpfen. Aber das muss man nicht ohne weiteres hinnehmen.

Die Identität der Anwesenden festzustellen, ist eines der Hauptziele der Polizei. Deshalb ist es hilfreich, nicht allein auf Demos zu gehen und sie auch nicht allein zu verlassen, damit man nicht einfach so weggeschnappt werden kann.

Sich zu verummummen ist natürlich ein Risiko. Aber erfahrungsgemäß gibt es am 1. Mai in Berlin Regen oder grelle Sonne – deshalb ist ist schon ganz praktisch, eine Kapuze und eine Sonnenbrille zu tragen.

von Sol aus Bernau

* Weitere Infos und Berichte über Vermummung unter www.rote-hilfe.de

Der Blutmai

Vor 76 Jahren wurde der 1. Mai in Berlin zu einem Massaker



Der 1. Mai in Kreuzberg ruft im Kopf jedes/r Linken Bilder von äußerster Polizeigewalt hervor. Jede/r von uns hat gesehen, wie maskierte Robocops Tränengas in die Menge schießen, Wasserwerfer gegen Jugendliche einsetzen oder wild drauflos knüppeln.

Doch das ist nichts im Vergleich zum Polizeiterror, den es am 1. Mai 1929, in Berlin gab.

Damals herrschte der Ausnahmezustand in Berlin, genauer gesagt in den Arbeiterbezirken Wedding, Neukölln und Kreuzberg. Es kam zu Hetzjagden der Polizei auf ArbeiterInnen, die sich zur 1. Mai-Demonstration versammelt hatten und zu tagelangen Straßenschlachten als Reaktion auf die Repression der Bullen, welche mit Mannschaftswagen in die Kieze einrückte und auf die Leute auf der Straße, an den Fenstern und auf den Balkonen feuerte.

Dieser Zustand hielt drei Tage an. Am Ende starben 32 Menschen, häufig Unbeteiligte. Die Bullen hatten über 1.200 Gefangene gemacht, es wurden 80 Verletzte gezählt, aber man kann davon ausgehen, dass es sehr viel mehr waren. Im „planlosen Feuer“ wurden von den Bullen etwa 11.000 Schuss verschossen.

SPD gegen Revolutionäre

Warum befahl der Berliner SPD-Polizeipräsident Zörgiebel, „rücksichtslos vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen“ - und von der Dienstwaffe? Immerhin hatten in anderen deutschen Ländern KPD und SPD gemeinsam demonstriert.

Wie heute aus Polizeiakten zu ersehen ist, ging es dem SPD-Polizei-Präsidenten um das Verbot des Roten Frontkämpferbundes (RFB), einer Organisation der KPD, welche Demonstrationen und Kundgebungen der KommunistInnen vor der SA und der Schutzpolizei (Schupo) schützten.

Als es bei einer Demonstration des RFB zum Gedenken an einen von der SA ermordeten Kommunisten zu einer Straßenschlacht mit der Polizei kam, bei der ein Mitglied des konservativen „Jungdeutschen Ordens“ starb, war das der Anlass für Zörgiebel, ein Demonstrationsverbot für Berlin zu verhängen. Dieses wollte er über den

1. Mai hinaus aufrecht erhalten, um die KPD zu provozieren. Das war ihr auch klar, deshalb verbot sie ihren AnhängerInnen RFB-Uniformen und Waffen auf der Demonstration, die „einen durchaus friedlichen Charakter“ haben sollte.

Dass sie natürlich am 1. Mai trotzdem demonstrieren wollte, war klar: es galt die Tradition des hart erkämpften 1. Mai zu verteidigen.

Währenddessen erarbeitete Zörgiebel zusammen mit der Polizei des kapitalistischen Staates einen militärischen Plan mit dem Ziel, Ausschreitungen zu provozieren, die sich für eine Verbotsverfügung ausnutzen ließen. Die lag übrigens schon vorbereitet im Schreibtisch des Senators.

der 1. Mai 1929

Als man sich in den Stadtbezirken mit Fahnen und Transparenten versammelt hatte, stand die Polizei schon bereit. Die Bullen gingen sofort zum Angriff über. Sie hatten jedoch ihre Probleme mit den ArbeiterInnen, die sich nicht auseinander treiben lassen wollten. Bei den Prügeleien mit den Bullen waren die KommunistInnen und jene SPDlerInnen, die sich den 1. Mai nicht verbieten lassen wollten, aber unterlegen. Mit bloßen Fäusten und Fahnenstangen war gegen behelmte Bullen, die knüppelten und schossen, kein Ankommen.

Es wurden Barrikaden gebaut und das Pflaster aufgerissen. Der Widerstand zwang die Polizei, mit LKWs und Panzerwagen Verstärkung für die Schupos heran zu karren. Es hagelte Steine und Blumentöpfe, worauf die Bullen MGs und Panzerwagen einsetzten. Dabei wurden auch viele Schaulustige getötet, die auf dem Balkon oder auf der Straße standen. Am 2. und 3. Mai starben insgesamt 13 Menschen durch Schüsse der Polizei.

Die KPD wirkte auf die aufgebrachtten ArbeiterInnen ein, damit diese nicht den bewaffneten Straßenkampf begannen. Vielmehr wurden über zwanzig Protestversammlungen einberufen und in mehr als 120 Betrieben Streiks organisiert.

das Nachspiel

Am 3. Mai 1929 wurde - wie geplant - der RFB verboten, weil er angeblich die „Mai-Unruhen“ angezettelt und einen Putsch versucht hätte. Kurz darauf wurde er auch deutschlandweit verboten.

Hundertten ArbeiterInnen wurde wegen der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration der Prozess gemacht.

Aber: kein einziger der an den Morden und Prügelorgien beteiligten Polizisten wurde verurteilt!

Zörgiebel und Reichsinnenminister Severing (SPD) lebten von 1933 bis 1945 unbehelligt in Nazideutschland. Zörgiebel stieg später zum Polizeipräsidenten von Rheinland-Pfalz auf.

Dem Polizeiterror des „Blutmai“ wird heute als „Straßenkampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten“ gedacht.

Es ist klar: Es gab schon immer härteste Repressionen gegen Menschen, die mehr wollen, als ein kurzes, arbeitsreiches Leben für das Kapital. Auch wenn in letzter Zeit nicht mehr geschossen wird, ist die Brutalität der Bullen noch vorhanden. Mag sein, dass die DemonstrantInnen heutzutage als „Chaoten“ statt als „kommunistische Putschisten“ beschimpft werden - die Funktion der Medien, die Hetze haben sich nicht prinzipiell verändert. Damals gab es den „Stürmer“ und den „Vorwärts“, heute hetzen „Bild“ und „Kurier“.

Wir können der Opfer des Blut-Mai am besten gedenken, indem wir ihre Parole jedes Jahr laut werden lassen: „1. Mai - Straßenfrei! Nieder mit der Polizei!“

★
von Richard aus Treptow

REVO★ ★CAMP



internationales Treffen
revolutionärer Jugend
3.-7. August, Prag
organisiert von: **REVOLUTION**

www.onesolutionrevolution.de

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €

REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ✪ Nummer 11

Der 1.Mai wird heute von vielen Leuten als gemütlicher Familientag oder zum Bier-Trinken-und-Bratwurst-Essen genutzt. Doch dabei wird vergessen: der 1.Mai ist der Kampftag der Arbeiterklasse!

Die Tradition ...

... des 1.Mai reicht lange zurück. Zum ersten Mal wurde der 1.Mai in den USA von den Gewerkschaften als Aktionstag gewählt. Sie forderten die Einführung des 8-Stunden-Tages und beschlossen, dafür am 1.Mai 1886 einen mehrtägigen Generalstreik durchzuführen. Rund 400.000 ArbeiterInnen aus 11.000 Betrieben traten in den Streik. Die Bewegung

verschaffte sich schnell auf internationaler Ebene Gehör. So beschloss der internationale sozialistische Kongress in Paris am 14.Juli 1889, den 1.Mai als internationalen Kampftag mit Demonstrationen und Streiks für die Einführung des 8-Stunden-Tags festzusetzen. Auch deutsche Gewerkschaften griffen die Idee auf und kündigten an, am 1.Mai 1890 Arbeiterfeste und Arbeitsniederlegungen zu organisieren – trotz Repressionen wegen Verstoßes gegen das „Sozialistengesetz“, das jegliche sozialistische Veranstaltungen verbot. Die SPD beschloss im Herbst 1890, den 1.Mai als dauerhaften „Feiertag der Arbeit“ einzuführen.

Der Verrat ...

... der Sozialdemokratie kam 1914. Am 4. August 1914 stimmten viele sozialdemokratische Parteien, auch die SPD für Kriegskredite für „ihre“ Regierungen und damit für den Ersten Weltkrieg. Das war der Beginn einer langen Rei-

★ IN BERLIN ★★★★★★

Oppositionsblock bei der DGB-Demo um 9.30 UHR am Brandenburger Tor; revolutionärer 1.Mai-Demo um 17 Uhr am Oranienplatz

★ IN STUTTGART ★★★★★★

Oppositionsblock bei der DGB-Demo um 9.30 Uhr am Arbeitsamt (Heinrich Baumann-Strasse) mit anschließender revolutionärer 1.Mai-Demo

★ IN OLDENBURG ★★★★★★

revolutionärer 1.Mai-Demo um 12 Uhr am Bahnhof. Weitere Termine (z.B. gegen den Naziaufmarsch in Nürnberg) auf unserer Website...

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN...

1. MAI

Doch immer wieder kam es am 1.Mai zu Protesten der Jugendlichen und MigratInnen – der ärmsten und unterdrücktesten Schichten der Bevölkerung. Am 1.Mai 1987 in Kreuzberg wurde ein friedliches Straßenfest von den Bullen angegriffen, und daraufhin gab es eine Revolte, in der Supermärkte geplündert und Autos angezündet wurden. Seit dann gibt es in vielen Städten revolutionäre 1.Mai-Demos, die eine leidenschaftliche Alternative zu den DGB-„Trauermärschen“ bieten.

Auf die Strasse!

In diesem Sinne müssen wir die kämpferische Tradition des 1.Mai wieder aufleben! Der 1.Mai ist verbunden mit einer Bewegung, für die Tausende ArbeiterInnen gekämpft und ihr Leben gelassen haben. Wir verbinden den 1. Mai mit einer antikapitalistischen Perspektive, denn nur der Sturz des Kapitalismus kann die Arbeiterklasse befreien!!!

Um die Masse der ArbeiterInnen zu erreichen, ist es wichtig, auf den Gewerkschaftsdemos präsent zu sein, um die ArbeiterInnen an die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus zu erinnern und die Gewerkschaften zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Angriffe von Kapital und Staat aufzufordern

Beteiligt euch an den Gewerkschaftsdemos und bildet dort klassenkämpferische Oppositionsblöcke! Organisiert eigene revolutionäre 1.Mai-Demos im Anschluss an die Gewerkschaftsdemos!

Wir sehen uns bei folgenden Demos...

www.onesolutionrevolution.de